

können. Wir brauchen mehr Offenheit, mehr Öffentlichkeit und vor allem ein Europäisches Parlament, das mehr Entscheidungen treffen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben wir dem Europäischen Parlament doch endlich die Möglichkeit und das Recht, Gesetzesvorschläge auszuarbeiten und in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich direkt an Europa beteiligen und sich einmischen können. Eine Bürgerbeteiligung auf nur nationaler Ebene ersetzt das nicht. Solange im Europäischen Rat und im Ministerrat die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden, bleiben die Menschen doch zu Recht skeptisch, was Europa angeht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie haben gerade unseren Antrag angesprochen. Sie behaupten, der Grund der Krise der EU besteht in dem Übermaß an Bürokratie. Ich behaupte: Damit wollen Sie nur die Menschen an der Nase herumführen und davon ablenken, dass auch Sie nur darauf achten, was Sie aus Brüssel für Ihr Land, für unser Land herausholen können. Sie suchen einen Sündenbock. Sie wollen nur verbergen, dass auch Sie nicht fragen, was ist gut für Europa und für die Menschen ausmachen kann.

Wir diskutieren häufig in den Ausschüssen und auch hier im Plenum des Landtags über das Thema Subsidiaritätsprinzip. Sie alle hier kennen ganz genau den Unterschied zwischen dem legitimen Beharren auf dem Subsidiaritätsprinzip und dem engen Blick durch die rein nationale Brille, einem Blick, der für das Gemeinwohl blind macht und der Europa zerstört und es nicht stärkt.

Vorhin wurde das große Ausmaß an Bürokratie angesprochen. Es ist noch gar nicht lange her, dass Edmund Stoiber aufgebrochen ist, um die Bürokratie in Europa zu bekämpfen. Hier sind wir uns wohl einmal einig: Dabei hat er in den letzten Jahren wohl relativ wenig bis gar nichts erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa, die EU muss wieder zum Ort der Hoffnung werden. Das wird die EU aber nur, wenn sie die Zukunft gestaltet. Das gilt für die persönliche Zukunft, vor allem im Hinblick auf die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Ich habe bereits das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa angesprochen. Dieses Problem muss ernsthafter angegangen werden. Hier wird einer ganzen jungen Generation die Zukunftschance geraubt. Das gilt auch für unsere gemeinsame Zukunft in einer ökologisch intakten Welt.

Europa steht unstrittig am Scheideweg. Ein "Weiter so", bei dem die Politik von nationalen Egoisten bestimmt und im Hinterzimmer ausgehandelt wird, bedeutet den langsamen Tod des gemeinsamen Europas. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, keine Gemeinschaft überlebt, wenn darin jeder nur an sich selbst denkt, Brücken abgebrochen und Mauern hochgezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine EU, in der Werte der Aufklärung und der Moderne die Politik bestimmen. Wir brauchen eine EU der Bürgerinnen und Bürger. Nur sie hat die Kraft und die Legitimation, Teil einer europäischen Identität zu werden. Die EU ist nur dann erfolgreich und wird nur dann die Herausforderungen meistern können, wenn sie zu einer Herzensangelegenheit der Menschen wird. Rein wirtschaftliches Kalkül allein reicht da nicht aus.

Ich habe mit dem Zitat eines jungen Engländers angefangen, der ganz sprachlos vor der Kamera stand und sich fragte, warum sein Land nicht mehr Teil der EU sein soll. Für ihn war das selbstverständlich. Er kann seine Entscheidung jetzt nicht mehr rückgängig machen; die Wahl ist gelaufen. Für uns alle gilt aber: Wir können etwas ändern. Ich bitte Sie wirklich, in Zukunft auch in Ihrer Rhetorik auszudrücken, dass Sie die Chancen in Europa sehen und ansprechen, was wir besser und anders machen müssen, aber dieses ständige "Brüssel-Bashing" sein zu lassen. Dieser Begriff stammt nicht von mir, sondern von Manfred Weber, der es genau so im EU-Parlament gesagt hat. Stellen Sie das Bashing gegen Brüssel endlich ein!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit des Vereinigten Königreichs muss für uns Anlass sein, die Politik Europas, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, aber auch die Politik des Freistaats auf den Prüfstand zu stellen und die notwendigen Rückschlüsse für die Zukunft daraus zu ziehen. Das wird viel Zeit in Anspruch nehmen; das geht nicht in einer Debatte. Aber gestatten Sie mir dazu in der Kürze der Zeit für die Begründung unseres Dringlichkeitsantrags drei grundsätzliche Bemerkungen.

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs ist ein schwerer Rückschlag für die Europäische Integration.

Europa ohne Großbritannien schien bis zum letzten Donnerstag nahezu unvorstellbar. Das Ergebnis des Referendums ist aber zu respektieren und auch schnell umzusetzen, Kollege Aiwanger. Eine Verzögerung des britischen Austritts bis zum Herbst wäre politisch falsch und wirtschaftlich fahrlässig. Es würde ein unnötig langer Schwebezustand entstehen, der die Europäische Union lähmen und andere wichtige Themen wie zum Beispiel das Migrationsdossier in den Hintergrund stellen würde. Im Übrigen gebietet es auch der Respekt vor dem Referendum des britischen Volks, dass seine Entscheidung zügig und ohne schuldhaftes Zögern umgesetzt wird. Das verantwortungslose und nahezu treuwidrige Taktieren des britischen Premierministers darf nicht in die Verlängerung und ins Elfmeterschießen gehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen jetzt deshalb konstruktive und wohlwollende Verhandlungen und Gespräche; denn es liegt in unserem Interesse, dass wir die gute, freundschaftliche Partnerschaft und die hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten. Nötig sind aber auch strikte und konsequente Verhandlungen; denn eine zu nachlässige Verhandlungsposition der Europäischen Union könnte Nachahmungstendenzen in anderen potenziell austrittswilligen Mitgliedstaaten verstärken und schließlich auch einen Dominoeffekt auslösen. Um dies zu verhindern, muss auch der Eindruck eines nach dem Austritt erhältlichen Europas à la carte vermieden werden. Es darf keine Zweifel daran geben, dass das Kronjuwel des freien Zugangs zum Binnenmarkt nur gegen Einhaltung der Grundfreiheiten und gegen Einzahlung in den EU-Haushalt erhältlich ist. Die Zeit der britischen Rosinenpickerei – so hat es gestern die Bundeskanzlerin genannt – ist vorbei. Out ist out, the game is over!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Aiwanger, Sie haben recht in Ihrer Analyse. Es geht um Schadensbegrenzung, aber Schadensbegrenzung erreicht man nicht dadurch, dass man auf Zeit spielt, sondern dadurch, dass man jetzt den Willen des britischen Volkes schnell umsetzt.

Meine Damen und Herren, die Menschen brauchen Klarheit. Es gibt viele Fragen. Gilt die EU-Aufenthalts-genehmigung, die der bayerische Arbeitnehmer bis jetzt genießt, in Kürze noch für England? Wird es Kompensationszahlungen aus gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen aus dem EU-Haushalt geben? Was ist mit dem Fortbestehen des Aufenthaltsrechts britischer Bürger, die bereits in der Europäischen Union leben? Was ist mit den laufenden Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof sowie mit laufenden

Kartellverfahren? Welchen Anteil an den Pensionsverpflichtungen und an Krankenversicherungen für die britischen EU-Beamten und britischen Rentner im EU-Ausland übernimmt nun das Vereinigte Königreich? Werden britische Beamte in den Institutionen der Europäischen Union weiter beschäftigt? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Verhandlungen über TTIP? – Fragen über Fragen!

Tatsächlich stimme ich mit Ihrer Analyse, Herr Dr. Rieger, dass die Schuld überwiegend in Brüssel zu suchen ist, nicht überein. Ich stimme nicht mit Ihrer Analyse überein, dass die britischen Bürger mehrheitlich entschieden haben: Uns ist dieses Europa zu bürokratisch und deshalb treten wir aus. Das war eine Ihrer Kernaussagen. Die Wahrheit ist doch ganz offensichtlich eine andere: Die nationalkonservative Regierung in Großbritannien hat über viele Jahre hinweg unter Zuhilfenahme von Stimmen von ganz weit rechts Front gegen Migranten gemacht und der Bevölkerung versprochen: Wenn wir aus der Europäischen Union austreten, dann gibt es in unserem Land weniger Ausländer. Dieses Lied haben zum Schluss immer mehr Menschen mitgesungen, und das war ein Hauptgrund dafür, dass es tatsächlich zum Brexit kam.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass die wesentliche Verantwortung bei David Cameron zu suchen ist. Er hat Europa leichtsinnig und verantwortungslos jahrelang schlechtgeredet, um innenpolitisch Geländegewinne zu erzielen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aus parteipolitischen Gründen!)

Das kommt heute als Bumerang zurück. Es gehört im Übrigen zu den unrühmlichen Kapiteln des Jahres 2016, dass der britische Premierminister David Cameron für seine europapolitische Geisterfahrt zu Beginn dieses Jahres bei der Klausurtagung der Landesgruppe der Christlich-Sozialen Union Beifall aus Bayern erhalten hat.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Der bayerische Ministerpräsident hat David Cameron noch vor einem halben Jahr bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe den roten Teppich ausgerollt und dessen Politik als Vorbild für Bayern bezeichnet. Das, was Herr Cameron macht, sei CSU pur, hat er gesagt.

Meine Damen und Herren, wir wissen nun um die Konsequenzen dieser Politik von Herrn Cameron oder dessen, was "CSU pur" genannt wird. Die Aktien- und

Devisenmärkte brechen zusammen. Großbritannien steht vor einem Pauperismus in vielen Landesteilen. Die Armen werden noch ärmer werden, die Arbeitslosigkeit wird steigen. Der Brexit hat schon heute eine Welle an Rassismus auf den britischen Inseln zur Folge. Die Ausländer müssen als Sündenböcke herhalten, und die Nationalkonservativen in München und in London klopfen sich auch noch Schwesterparteilich auf die Schultern. Mit solchen Schulterschlüssen erweisen Sie, Herr Ministerpräsident, den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern und in Europa einen Bärendienst.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir von der Staatsregierung ein grundlegendes Umdenken in der Europapolitik. Es ist nicht gut, wenn man sich immer wieder in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas begibt und wenn man eine Politik der Renationalisierung Europas betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Wer in diesen Zeiten – ausgerechnet in Bayern – das Hohe Lied auf den Nationalstaat preußischer Provenienz singt und wer einer "Orbanisierung" Bayerns und Europas das Wort redet, der hat aus unserer Geschichte hier in Bayern nichts, aber auch wirklich gar nichts gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb stehen wir vor grundlegenden Fragestellungen: Werden wir die Fragen unserer Zeit, des 21. Jahrhunderts, mit dem Nationalstaatsmodell des 20. Jahrhunderts oder gar mit der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts bewältigen können? Kehren wir ein knappes Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit und der überwunden geglaubten Teilung Europas in das Zeitalter der Schlagbäume mit neuen Mauern zurück, und seien es nur neue Mauern in den Köpfen? Haben wir vergessen, dass wir diesem Europa einen rasanten Anstieg des Volkswohlstandes auch bei uns im Freistaat Bayern zu verdanken haben? Im Jahr 2014 hat die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von über 90 Milliarden Euro in die EU-Mitgliedsländer exportiert. Das sind mehr als 53 % aller Ausfuhren. Über Jahrzehnte hinweg hat uns Europa Frieden, Wohlstand und Freiheit gebracht. Europa hat nach wie vor große Anziehungskraft auf immer mehr Menschen. Ganze Völker und Länder wollen bis heute unbedingt Teil dieses Europas werden. Deshalb muss die Grundbotschaft bayerischer Europapolitik lauten: Europa ist gut für Bayern. Das muss die Grundbotschaft sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen mit großer Sorge, dass das autoritär-konservative Europa auf dem Vormarsch ist. Herr Kollege Hartmann hat es angesprochen. Die Rechtsnationalen haben die Wahlen in Polen gewonnen. Sie besetzen jetzt die Büros des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Viktor Orbán regiert in Ungarn und stellt sich gegen die europäischen Werte. In Schweden sind die rechtspopulistischen Schwedendemokraten in den Umfragen die stärkste Partei. In Finnland sind die Wahren Finnen bei den Wahlen die zweitstärkste Partei geworden; sie sind in die Regierung eingezogen. Bei den Wahlen in Österreich hat die FPÖ stark zugelegt. Fast wäre ein Rechtspopulist dort Bundespräsident geworden. Bei den Regionalwahlen in Frankreich ist der Front National stärkste Partei geworden.

Meine Damen und Herren, diese Bewegungen stehen für alles, was dem Gemeinsinn in Europa schadet. Sie spalten die Gesellschaft, sie sind offen rassistisch, sie grenzen Minderheiten aus, und sie setzen auf eine autoritär-nationalkonservative Politik. Deshalb sind wir gefordert, dem unser europäisch-bayerisches Konzept des Miteinanders, des Zusammenhalts, der Integration, der Versöhnung und des Gemeinsinns offensiv entgegenzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat Bayern hat ein vitales Interesse daran, dass Europa nicht auseinanderfällt und dass die europäische Idee verteidigt wird. Es macht keinen Sinn, eine Politik zu betreiben, mit der man auf Europa draufklopft. Ich erinnere auch an den Europawahlkampf des Jahres 2014: Damals konnte sich die Mehrheitspartei hier im Bayerischen Landtag nicht entscheiden, ob sie die Europahymne mitsingen soll oder ob man besser damit fährt, permanent gegen Brüssel in Frontstellung zu gehen. Wir kennen auch das Ergebnis: Die CSU hat bei den Europawahlen das schlechteste Wahlergebnis eingefahren, das sie je hatte. Die AfD, die Sie mit dieser Politik eigentlich bekämpfen wollten, meine Damen und Herren, hat das stärkste Ergebnis von allen 16 Bundesländern in Bayern erzielt. Das stärkste Ergebnis! Sie haben die AfD stark gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die AfD stark gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Der aufkeimende Nationalismus in Europa mit immer schrilleren Tönen erfordert eine Antwort, die auf Dialog und Ausgleich setzt. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur europäischen Einigung. Nach Jahrzeh-

ten der Wirtschafts-, der Handels-, der Finanz-, aber auch der Friedenspolitik als Schwerpunkten müssen jetzt Jahrzehnte der Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit, soziale Schutzstandards in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union folgen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die Europäische Kommission künftig zu einer wahren europäischen Regierung umgebaut wird, zu einer Regierung, die durch das Europaparlament und durch eine zweite Kammer der Mitgliedstaaten kontrolliert wird. Wir wollen keine Alleingänge der Europäischen Union, wie das jetzt bei CETA der Fall ist. Es ist ein Unding, dass die Mitgliedstaaten umgangen werden. Sie müssen beteiligt werden. Diese Entscheidung muss korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Demokratie und mehr Transparenz. Die Zeit der Hinterzimmerverhandlungen und der Geheimabkommen muss ein für alle Mal beendet werden. Wir setzen auch auf eine wirtschaftspolitische Wende und einen Wachstumspakt, insbesondere für Südeuropa, der diesen Namen verdient. Europa muss auch die Gerechtigkeitsfrage beantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn Arbeitnehmer, kleine und mittelständische Unternehmer jeden Monat ihre Steuer bezahlen, während Spekulanten gleichzeitig ihre Milliardenbeträge in Steueroasen parken können, dann entsteht eine eklatante Gerechtigkeitslücke. Europa muss deshalb die Instrumente bekommen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv bekämpfen zu können. Das Land des Gewinns ist das Land der Steuer. Das ist ein einfacher Grundsatz, mit dem sehr schnell ein wirkungsvolles Signal für mehr Gerechtigkeit gesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Europa braucht auch eine gemeinsame Einwanderungspolitik. Ohne ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht werden wir die Herausforderungen durch die Migration wohl kaum stemmen können. Das verlangt sowohl eine gemeinsam abgestimmte Asylpolitik als auch ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Zuwanderern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht eine neue europapolitische Erzählung. Die SPD orientiert sich dabei an dem, was uns der Bundespräsident vor zwei Jahren mit auf den Weg gegeben hat. Wir alle in diesem Hohen Haus sollten uns dies auf die Fahne schreiben. Joachim Gauck sagte: Europa braucht jetzt nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht

Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Professor Dr. Piazolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die ersten Stichworte meiner Rede heißen: Januar, Schnee, Wildbad Kreuth, David Cameron, und dann: CSU pur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Insofern kann ich es jetzt kürzer machen. Das war Gedankenübertragung. Es liegt aber auch ein wenig nahe, dass man diese Stichworte nimmt. Die CSU hat David Cameron vor einem halben Jahr gefeiert, einen – und das sage ich jetzt ganz deutlich – schlechten Europäer. David Cameron hat dieser Europäischen Union massiv geschadet. Wenn das aber die CSU pur ist, dann tut es mir leid für diese Partei. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Im letzten Satz des CSU-Dringlichkeitsantrags lese ich da aber nicht mehr "Cameron" und "Kreuth", sondern darin ist enthalten: Frau Merkel und Potsdam. Das ist genau das, was sie auch will. Was soll die EU-Politik diesem Dringlichkeitsantrag zufolge tun? – Sie soll die Flüchtlingskrise bewältigen, sie soll sich um den Schutz der Außengrenzen kümmern, um das Asylsystem und vieles andere. In den Debatten zur Flüchtlingspolitik vor drei Monaten in diesem Hohen Hause standen Sie, Herr Kreuzer, doch noch ganz woanders: Da wollten Sie die bayerische Polizei zum bayerischen Grenzschutz.

(Thomas Kreuzer (CSU): Völlig falsch, was Sie sagen!)

Da war nichts von europäischer Asylpolitik zu hören.

(Thomas Kreuzer (CSU): So lange das andere nicht klappt!)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das nicht mehr Cameron, sondern –, Sie haben sich